

# Afghanistan ist nicht sicher!

Geflüchtete protestieren in Stuttgart gegen Abschiebungen

Von Seán McGinley

**Rund 500 Menschen haben am 22. Oktober auf dem Stuttgarter Schlossplatz für die Rechte von Geflüchteten aus Afghanistan demonstriert. Vor dem Hintergrund des Rücknahmeübereinkommens zwischen der EU und Afghanistan und der damit einhergehenden Gefahr von massenhaften Abschiebungen hatte die Kundgebung eine besonders aktuelle Brisanz. Aus dem gleichen Anlass gab es an diesem Tag auch Kundgebungen in Hamburg, Düsseldorf und ebenso in anderen europäischen Städten.**

Die zunehmenden Ablehnungen von Asylanträgen von Menschen aus Afghanistan mit Verweis auf angeblich sichere Landesteile sowie die Benachteiligung, beispielsweise durch den verwehrteten Zugang zu Integrationskursen, bereiten den Betroffenen und ihren Unterstützer\*innen seit längerer Zeit Sorgen. Daher hat Ende September eine Gruppe von Afghan\*innen aus Stuttgart und Umgebung die Initiative ergriffen, um ihren Protest auf die Straße zu tragen.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und Jugendliche ohne Grenzen haben die Kundgebung logistisch und ideell unterstützt und bei der Werbung im Vorfeld geholfen. So wurde eine Pressemitteilung verschickt und eine Pressekonferenz in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats abgehalten, bei der die Organisator\*innen vom SWR-Programm „News for Refugees“ interviewt wurden. Im Zuge der Vorbereitung der Kundgebung entstanden zahlreiche Verbindungen zu Afghan\*innen aus der weiteren Umgebung, die teilweise in Eigenregie bereits ähnliche Aktionen realisiert hatten und nun als Multiplikator\*innen für die Kundgebung in Stuttgart fungierten.

So kam es, dass die Kundgebung deutlich besser besucht war als erwartet – die Organisator\*innen hatten vorher verschiedene Unterkünfte besucht, Flyer aufgehängt und mit Geflüchteten gesprochen. Aber auch die Werbung über die Netzwerke funktionierte gut, so dass zahlreiche Afghan\*innen aus der weiteren Umgebung ebenfalls nach Stuttgart kamen. Eine für den gleichen Tag geplante Kundgebung in Tübingen zum gleichen Thema wurde zeitlich vorverlegt, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, danach an der Kundgebung in Stuttgart teilzunehmen.

Bei der Kundgebung äußerten verschiedene Redner\*innen ihren Unverständnis darüber, dass das BAMF Asylanträge aus Afghanistan ablehnt mit der Begründung, in einigen Teilen des Landes sei es sicher – während das Auswärtige Amt gleichzeitig eindringlich vor Reisen nach Afghanistan warnt, weil „im ganzen Land“ eine erhebliche Gefahr bestehe, Opfer von Anschlägen, Entführungen oder sonstiger Gewalttaten zu werden. Das Bild von Innenminister Thomas de Maizière, der bei einem Besuch in Afghanistan mit Stahlhelm und kugelsicherer Weste aus dem Flugzeug steigt, stand stellvertretend für die verantwortungslose und heuchlerische Haltung der Bundesregierung zu diesem Thema, und war auf zahlreichen Plakaten der Teilnehmenden zu sehen.

Die Rednerinnen wiesen nicht nur auf die katastrophale Sicherheitslage, sondern auch auf die politische Instabilität und die besonders prekäre Situation von Frauen, Kindern und Minderheiten hin.

Die Organisator\*innen waren mit der Resonanz hochzufrieden und sind motiviert, in Zukunft weitere Aktionen durchzuführen, um auf die Situation afghanischer Geflüchteter aufmerksam zu machen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich diese erfolgreiche Selbstorganisation von Geflüchteten und wird diese auch weiterhin unterstützen und solidarisch begleiten.



## Der Autor

Seán McGinley ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats BW.